



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

### **Haushaltsplan 2021;**

**hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 20 neuer Stellen (Kap. 12 23 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 12 23 (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL) wird in Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) der Ansatz im Jahr 2021 von 15.885,6 Tsd. Euro um 668,9 Tsd. Euro auf 16.554,5 Tsd. Euro angehoben.

Damit werden 20 zusätzliche Stellen für den Zeitraum ab Juli 2021 in den BesGr. A 10 (8 Stellen), A 13 (7 Stellen) und A 14 (5 Stellen) insbesondere für Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker sowie technisches Personal finanziert.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

### **Begründung:**

Die aktuell ausgewiesenen zusätzlichen 6 Stellen beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) reichen bei Weitem nicht aus. Schon jetzt sind die bestehenden Standorte nach eigenen Angaben unterbesetzt. Mit der Besetzung der neuen Dienststelle in Bad Kissingen kommt weiteres nötiges Personal hinzu. Zu beachten ist auch, dass in den nächsten drei Jahren viele Angestellte im LGL in den Ruhestand gehen und essentielles Know-how verloren geht, weshalb schon jetzt Nachfolgerinnen und Nachfolger eingesetzt werden sollten.

Alle Möglichkeiten, Einsparungen im LGL vorzunehmen sind bereits ausgeschöpft. In vielen Bereichen ist nur eine einzige Sachverständige oder ein einziger Sachverständiger für ganz Bayern zuständig und in mehreren Bereichen fehlen sogar Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, sodass die Aufgaben nicht oder nur sehr eingeschränkt durchgeführt werden können, insbesondere bei Ausfällen durch Urlaub oder Krankheit. Die Situation führt dazu, dass viele Sachverständige über das Maß hinaus belastet sind.

Der Personalmangel macht sich auch im Verbraucherschutz bemerkbar. Die Untersuchungstiefe nimmt seit einigen Jahren deutlich ab, denn die Prüfungen können nicht mehr so umfangreich stattfinden aufgrund des fehlenden Personals. Die zurückgehenden Beanstandungsquoten gehen damit einher und bestätigen keinesfalls einen tatsächlichen Rückgang von Beanstandungen in Bayern. Um das hohe Niveau des Verbraucherschutzes aufrecht zu erhalten, ist die Aufstockung der betroffenen Stellen im LGL dringend nötig, zumal der Aufgabenbereich auch weiterhin wachsen wird.

Im Jahr 2021 sind 20 weitere Stellen in den BesGr. A 10 (8 Stellen), A 13 (7 Stellen) und A 14 (5 Stellen) erforderlich.